

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1971

Ausgegeben am 7. Mai 1971

48. Stück

- 147.** Verordnung: Anordnung besonderer Erntetermineitlungen bei Winterweizen, Kartoffeln und Körnermais für das Jahr 1971
- 148.** Kundmachung: Geltungsbereich des Übereinkommens über die Rettung und die Rückführung von Raumfahrern sowie die Rückgabe von in den Weltraum gestarteten Gegenständen
- 149.** Kundmachung: Ratifikation des Europäischen Auslieferungsübereinkommens durch Zypern
- 150.** Kundmachung: Änderung der Satzung des Europarates
- 151.** Kundmachung: Geltungsbereich des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im Internationalen Luftverkehr (Warschauer Abkommen)
- 152.** Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Internationalen Organisation für Zivilluftfahrt über Maßnahmen für die 18. Tagung der Vollversammlung der Internationalen Organisation für Zivilluftfahrt
- 153.** Internationales Übereinkommen über das Verfahren zur Festlegung von Tarifen für den Fluglinienverkehr

147. Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 21. April 1971, mit der für das Jahr 1971 besondere Erntetermineitlungen bei Winterweizen, Kartoffeln und Körnermais angeordnet werden

Auf Grund des § 2 Abs. 2 und 3, des § 4 Abs. 1 und 2, des § 7 Abs. 6 und der §§ 8 und 9 des Bundesstatistikgesetzes 1965, BGBl. Nr. 91, wird verordnet:

§ 1. Das Österreichische Statistische Zentralamt hat im Jahre 1971 besondere Erntetermineitlungen bei Winterweizen, Kartoffeln und Körnermais zur Feststellung der Ernteerträge durchzuführen.

§ 2. (1) Die besonderen Erntetermineitlungen sind in Form von Stichprobenerhebungen durchzuführen.

(2) Die Erhebungen haben jene landwirtschaftlichen Betriebe zu erfassen, die nach einer statistischen Methode vom Österreichischen Statistischen Zentralamt ausgewählt werden.

§ 3. Die Bewirtschafter (Eigentümer, Besitzer, Pächter oder Nutznießer) der nach § 2 Abs. 2 ausgewählten landwirtschaftlichen Betriebe oder deren Beauftragte sind verpflichtet,

- a) das Betreten ihrer Grundstücke sowie die Vornahme von Probeschnitten bei Winterweizen, Probe- und Nachrodungen bei Kartoffeln sowie Probebeziehungen bei Körnermais durch vom Österreichischen Statistischen Zentralamt bestellte Organe zu dulden,

- b) das Ergebnis eines Volldruses bei Winterweizen oder einer Vollernte bei Körnermais von bestimmten, in die besonderen Erntetermineitlungen einbezogenen Parzellen durch die obgenannten Organe feststellen zu lassen und
- c) über die im Zusammenhang mit der Durchführung der Erhebungen sich ergebenden Fragen Auskunft zu erteilen.

§ 4. Das Österreichische Statistische Zentralamt hat als Entschädigung an die betroffenen Bewirtschafter zu entrichten:

- a) für die Vornahme von Probeschnitten bei Winterweizen, für Proberodungen sowie für Nachrodungen bei Kartoffeln einen Betrag von je 20 S und für Probebeziehungen bei Körnermais einen Betrag von 50 S,
- b) für die Vornahme eines Volldruses bei Winterweizen sowie einer Vollernte bei Körnermais einen Betrag von je 120 S.

Weiss

148. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 16. April 1971 über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Rettung und die Rückführung von Raumfahrern sowie die Rückgabe von in den Weltraum gestarteten Gegenständen vom 22. April 1968

Nach Mitteilungen der Depositarregierungen haben folgende Staaten das Übereinkommen über die Rettung und die Rückführung von Raumfahrern sowie die Rückgabe von in den

Weltraum gestarteten Gegenständen, BGBl. Nr. 110/1970, ratifiziert oder sind ihm beigetreten:

Staaten	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde
El Salvador	19. Feber 1970
Irak	12. März 1970
Portugal	25. März 1970
Malediven	3. April 1970
Norwegen	20. April 1970
San Marino	10. August 1970
Finnland	10. September 1970
Marokko	20. November 1970
Zypern	17. Dezember 1970
Tunesien	10. Feber 1971
Jugoslawien	1. März 1971

Kreisky

149. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 21. April 1971 betreffend die Ratifikation des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957 durch Zypern

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarates hat Zypern am 22. Jänner 1971 seine Ratifikationsurkunde zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 (BGBl. Nr. 320/1969, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 30/1970) hinterlegt.

Das Übereinkommen tritt gemäß seinem Artikel 29 am 22. April 1971 für Zypern in Kraft.

Anlässlich der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde hat Zypern folgende Vorbehalte erklärt und folgende Erklärungen abgegeben:

Artikel 1

Der Artikel 11.2 (f) der zypriotischen Verfassung untersagt die Auslieferung eigener Staatsangehöriger. Daher müssen die Bestimmungen

des Artikels 1 des Übereinkommens hinsichtlich der Republik Zypern auf die Auslieferung von Ausländern beschränkt werden.

Artikel 6

Da die Auslieferung von Staatsangehörigen der Republik Zypern durch die Verfassung (siehe Vorbehalt zu Artikel 1) nicht gestattet ist, bezeichnet der Ausdruck „Staatsangehöriger“ im Sinne des Übereinkommens hinsichtlich Zyperns „die Staatsbürger der Republik Zypern oder die Personen, die auf Grund der geltenden Bestimmungen über die zypriotische Staatsbürgerschaft rechtlich befähigt sind, Staatsbürger der Republik zu werden“.

Außerdem können nach den Bestimmungen des zypriotischen Strafgesetzbuches die Staatsbürger der Republik in Zypern wegen einer im Ausland begangenen, mit der Todesstrafe oder einer Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren bedrohten strafbaren Handlung verfolgt werden, wenn die Handlung oder die Unterlassung, welche die strafbare Handlung darstellt, auch nach dem Recht des Landes strafbar ist, in welchem sie begangen worden ist.

Artikel 11

Nach dem zypriotischen Strafgesetzbuch wird die Todesstrafe in Zypern nicht verhängt, wenn ein zypriotischer Staatsbürger in einem fremden Staat eine strafbare Handlung begeht, die nach dem zypriotischen Gesetz, nicht aber nach den Rechtsvorschriften des fremden Staates mit der Todesstrafe bedroht ist, aber der Täter kann mit jeder anderen Strafe bis zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe belegt werden.

Artikel 21, Paragraph 2

Hinsichtlich der Staatsbürger der Republik ist die zu den Artikeln 1 und 6 abgegebene Erklärung auch auf diesen Absatz anzuwenden.

Kreisky

150. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 21. April 1971 über die Änderung der Satzung des Europarates

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarates vom 17. Feber 1971 wurde die Satzung des Europarates, BGBl. Nr. 121/1956, in der Fassung der Kundmachungen BGBl. Nr. 253/1965 und 40/1971 wie folgt geändert:

Artikel 26 hat zu lauten:

"ARTICLE 26		« ARTICLE 26		(Übersetzung) „ARTIKEL 26	
Members shall be entitled to the number of Representatives given below:		Les Membres ont droit au nombre de sièges suivants:		Die Mitglieder haben Anspruch auf die nachstehend angegebene Zahl von Sitzen:	
Austria	6	Autriche	6	Österreich	6
Belgium	7	Belgique	7	Belgien	7
Cyprus	3	Chypre	3	Zypern	3

Denmark	5	Danemark	5	Dänemark	5
France	18	France	18	Frankreich	18
Federal Republic of		République Fédérale		Bundesrepublik	
Germany	18	d'Allemagne	18	Deutschland	18
Iceland	3	Islande	3	Island	3
Ireland	4	Irlande	4	Irland	4
Italy	18	Italie	18	Italien	18
Luxembourg	3	Luxembourg	3	Luxemburg	3
Malta	3	Malte	3	Malta	3
Netherlands	7	Pays-Bas	7	Niederlande	7
Norway	5	Norvège	5	Norwegen	5
Sweden	6	Suède	6	Schweden	6
Switzerland	6	Suisse	6	Schweiz	6
Turkey	10	Turquie	10	Türkei	10
United Kingdom of		Royaume-Uni de		Vereinigtes Königreich	
Great Britain and		Grande-Bretagne et		von Großbritannien und	
Northern Ireland	18"	d'Irlande du Nord	18»	Nordirland	18"

Gemäß Artikel 41 Absatz d der Satzung ist der geänderte Wortlaut des Artikels 26 der Satzung am 17. Feber 1971 in Kraft getreten.

Kreisky

151. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 23. April 1971 betreffend den Geltungsbereich des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im Internationalen Luftverkehr (Warschauer Abkommen)

Nach Mitteilung der Polnischen Regierung sind folgende Staaten dem Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im Internationalen Luftverkehr (Warschauer Abkommen) vom 12. Oktober 1929 (BGBl. Nr. 286/

1961, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 168/1967) beigetreten:

Afghanistan, Ecuador, Gabun, Libyen, Paraguay und Saudi-Arabien.

Nachstehende Staaten haben nach Erlangung der Unabhängigkeit erklärt, daß sie das Abkommen als für sich verbindlich erachten:

Barbados, Nauru, Sambia und Sierra Leone.

Kreisky

152.

(Übersetzung)

**AGREEMENT BETWEEN THE
FEDERAL GOVERNMENT OF AUSTRIA
AND THE INTERNATIONAL CIVIL
AVIATION ORGANIZATION
REGARDING THE ARRANGEMENTS
FOR THE EIGHTEENTH SESSION OF
THE ICAO ASSEMBLY**

WHEREAS Article 48 (a) of the Convention on International Civil Aviation, as amended, provides that "the Assembly shall meet not less than once in three years and shall be convened by the Council at a suitable time and place",

WHEREAS the Assembly of the International Civil Aviation Organization (hereinafter referred to as ICAO) by its Resolution A 16—13 has directed that "the Council should give careful consideration to suggestions or invitations of

**ABKOMMEN ZWISCHEN DER ÖSTER-
REICHISCHEN BUNDESREGIERUNG
UND DER INTERNATIONALEN OR-
GANISATION FÜR ZIVILLUFTFAHRT
ÜBER MASSNAHMEN FÜR DIE 18. TA-
GUNG DER VOLLVERSAMMLUNG DER
INTERNATIONALEN ORGANISATION
FÜR ZIVILLUFTFAHRT**

IM HINBLICK DARAUF, daß Artikel 48 (a) der abgeänderten Konvention über internationale Zivilluftfahrt vorsieht, „daß die Vollversammlung zumindest einmal in 3 Jahren zusammen- treten und vom Rat zu geeigneter Zeit und an einem geeigneten Ort einberufen werden soll“,

IM HINBLICK DARAUF, daß die Vollver- sammlung der Internationalen Organisation für Zivilluftfahrt (in der Folge als ICAO bezeichnet) mit Resolution A 16-13 die Weisung erteilt hat, „der Rat soll unter Berücksichtigung der Vor-

Contracting States to hold triennial sessions of the Assembly away from the Headquarters of the Organization, taking into account the benefits to be derived by the Organization and the Contracting States”;

WHEREAS the Federal Government of the Republic of Austria (hereinafter referred to as the Government), by a letter of 20 March 1969, invited ICAO to hold the Seventeenth Session of the ICAO Assembly (subsequently redesignated as the Eighteenth Session of the Assembly and hereinafter referred to as the Assembly) in Vienna,

WHEREAS the Council of ICAO, at the Seventeenth Meeting of its Sixtyeight Session held on 12 December 1969, unanimously accepted the invitation of the Federal Government of Austria and agreed to convene the Assembly in Vienna from 15 June 1971 for a period not to exceed four weeks,

WHEREAS it is essential that appropriate facilities be available at the site of the Assembly for the pre- and post-Assembly Sessions of the ICAO Council and such other meetings as may form an integral part of the business of the Assembly,

THEREFORE the Government and ICAO hereby agree as follows:

I. Premises, equipment, utilities and stationery supplies

1. The Government shall make available at its expense such conference rooms and offices in the Neue Hofburg and in close proximity thereto as will be necessary for the holding of the Assembly. These premises shall include: one large conference room for plenary meetings, with adequate seating for the public and press; four conference rooms for meetings of the Executive Committee and the Commissions of the Assembly; four rooms for meetings of working groups; suitable working areas and all necessary equipment for the press and other information media, for documents reproduction and for documents distribution; suitable office accommodation for officers and staff of the Assembly; a room for a library and reference centre; a delegates' lounge; a large room for use by the interpreters as a combined office and lounge, as well as adequate storage areas for reproduction paper and other supplies, stationery etc.

2. The premises shall remain at the disposal of ICAO for the entire duration of the Assembly and for such additional time in advance of the opening and after the closing as the ICAO Secretariat, in consultation with the Government, shall deem necessary for the preparation

teile für die Organisation und die Vertragsstaaten Vorschläge oder Anregungen von Vertragsstaaten die dreijährigen Tagungen der Vollversammlung nicht am Sitz der Organisation abzuhalten, sorgfältig prüfen“;

IM HINBLICK DARAUF, daß die Bundesregierung der Republik Österreich (in der Folge als die Regierung bezeichnet) mit Schreiben vom 20. März 1969 die ICAO eingeladen hat, die 17. Tagung der ICAO-Vollversammlung (nachträglich umbenannt in die 18. Tagung der Vollversammlung und in der Folge als Vollversammlung bezeichnet) in Wien abzuhalten,

IM HINBLICK DARAUF, daß der Rat der ICAO anlässlich der 17. Sitzung der 68. Tagung am 12. Dezember 1969 einstimmig die Einladung der Österreichischen Bundesregierung angenommen und zugestimmt hat, die Vollversammlung ab 15. Juni 1971 für einen vier Wochen nicht überschreitenden Zeitraum nach Wien einzuberufen,

IM HINBLICK DARAUF, daß es von wesentlicher Bedeutung ist, daß am Tagungsort der Vollversammlung geeignete Einrichtungen für Tagungen des ICAO-Rates vor und nach der Vollversammlung und für solche andere Zusammenkünfte zur Verfügung stehen, die einen integralen Teil der Tätigkeit der Vollversammlung bilden,

HABEN die Regierung und die ICAO hiemit folgendes vereinbart:

I. Räumlichkeiten, Einrichtung, Dienstleistungen, Bürobedarf

(1) Die Regierung wird auf ihre Kosten Räume und Büros in der Neuen Hofburg und in unmittelbarer Nähe für die Abhaltung der Vollversammlung zur Verfügung stellen. Diese Räumlichkeiten sollen umfassen: einen großen Konferenzsaal für Plenarsitzungen mit entsprechenden Sitzgelegenheiten für Öffentlichkeit und Presse; vier Konferenzräume für Sitzungen des Exekutivkomitees und der Ausschüsse der Vollversammlung; vier Räume für Sitzungen von Arbeitsgruppen; geeignete Arbeitsräume und die erforderlichen Einrichtungen für Presse und andere Informationsmedien sowie für Vervielfältigung und Verteilung von Dokumenten; geeignete Büroräume für Beamte und Personal der Vollversammlung; einen Raum für eine Bücherei und als Nachschlagezentrum; einen Aufenthaltsraum für Delegierte; einen großen Büro- und Aufenthaltsraum für Übersetzer sowie angemessenen Raum für die Lagerung von Vervielfältigungspapier, Schreibwaren usw.

(2) Die Räumlichkeiten werden der ICAO während der gesamten Dauer der Vollversammlung sowie für solche zusätzliche Zeiträume vor Eröffnung und nach Abschluß zur Verfügung stehen, wie es das ICAO-Sekretariat in Beratung mit der Regierung zur Vorbereitung und zur Ab-

and settlement of all matters connected with the Assembly.

3. The Government shall at its expense furnish, equip and maintain in good repair all the aforementioned rooms and offices in a manner adequate to the effective conduct of the Assembly. The five conference rooms shall be equipped for simultaneous interpretation in three languages and shall also have facilities for sound recording.

4. The Government shall at its expense furnish and maintain such equipment as offset duplicating machines, photocopying machines, typewriters with keyboards in the languages needed, all of uniform type, tape recorders, dictating machines and such other equipment as is necessary for the effective conduct of the Assembly.

5. The Government shall at its expense provide adequate telephone communication services between the areas, offices and conference rooms described in paragraph 1 above.

6. The Government shall provide, within the conference area, a bank, a post office and telephone and cable facilities.

7. The Government shall bear the cost of transportation of documentation and any necessary equipment and supplies which are not provided by the Government and have to be shipped by ICAO from its Headquarters or Regional Offices for the proper functioning of the Assembly including cost of any return transportation thereof.

II. Local transportation and hotel accommodation

1. The Government shall provide at its expense four chauffeur-driven cars for the use by the officers and staff of the Assembly. The Government shall assist in providing such additional transportation as may be necessary to transport ICAO staff from the airport servicing Vienna to their hotels and from their hotels to the airport.

2. The Government shall make available facilities to assist delegations, secretariat, press and other participants in the Assembly in making hotel reservations for the duration of the Assembly.

III. Security

The Government shall furnish at its expense such security protection as may be required to ensure the efficient functioning of the Assembly

wicklung aller mit der Vollversammlung zusammenhängenden Angelegenheiten für nötig erachtet.

(3) Die Regierung wird die oben angeführten Räume und Büros auf ihre Kosten in einer zu einem klaglosen Ablauf der Vollversammlung geeigneten Weise mit Möbeln ausstatten, einrichten und in gutem Zustand erhalten. Die fünf Konferenzräume werden mit Anlagen für Simultanübersetzungen in drei Sprachen und mit Einrichtungen zur Tonaufnahme ausgestattet sein.

(4) Die Regierung wird auf ihre Kosten Geräte, wie „OFFSET“-Vervielfältigungsmaschinen, Photokopiermaschinen, Schreibmaschinen mit Tastaturen in den erforderlichen Sprachen, alle desselben Typs, Tonbandgeräte, Diktiermaschinen und andere Geräte, die zur klaglosen Abwicklung der Vollversammlung erforderlich sind, zur Verfügung stellen und in gutem Zustand erhalten.

(5) Die Regierung wird auf ihre Kosten ausreichende Telefondienste zwischen den in Absatz 1 angeführten Bereichen, Büros und Konferenzräumen zur Verfügung stellen.

(6) Die Regierung wird für die Einrichtung eines Bank-, Post-, Telefon- und Telegrafendienstes innerhalb des Konferenzbereiches Sorge tragen.

(7) Die Regierung wird die Kosten für den Transport von Dokumenten, von notwendigen Geräten und Materialien tragen, die von der Regierung nicht zur Verfügung gestellt werden und von der ICAO zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Ablaufes der Vollversammlung vom Amtssitz oder von regionalen Büros nach Wien transportiert werden müssen. Dies gilt gleichfalls für die Kosten des Rücktransports.

II. Lokaler Transport und Hotel-Unterbringung

(1) Die Regierung wird auf ihre Kosten vier Personenwagen samt Fahrer zur Benützung durch Beamte und Personal der Vollversammlung zur Verfügung stellen. Die Regierung wird bei der Bereitstellung zusätzlicher etwa erforderlicher Transportmittel zum Transport des Personals der ICAO vom Wiener Flughafen zu den Hotels und umgekehrt behilflich sein.

(2) Die Regierung wird während der Dauer der Vollversammlung Einrichtungen zur Unterstützungen der Delegationen, des Sekretariates, der Presse und anderer Teilnehmer der Vollversammlung für Hotelreservierungen zur Verfügung stellen.

III. Sicherheit

Die Regierung wird auf ihre Kosten denjenigen Sicherheitsschutz zur Verfügung stellen, der erforderlich ist, um einen geordneten und in jeder

without interference of any kind. While such services shall be under the direct supervision and control of a senior officer provided by the Government, this officer shall work in close cooperation with the responsible ICAO official so as to ensure a proper atmosphere of security and tranquillity.

IV. Personnel for the Assembly

1. The Government shall designate a liaison officer and a deputy liaison officer between it and ICAO who shall be responsible for making the necessary arrangements for the holding of the Assembly, as set forth in this Agreement.

2. The Government shall engage and provide at its expense the sound engineers and other technical personnel required to ensure the proper functioning of the facilities referred to in Section I, paragraphs 3 and 4 above. The Government shall also engage and provide at its expense document reproduction and distribution staff, certain officers, secretarial and clerical assistance and such house staff as may be necessary, such as huissiers, messengers and cleaners, as well as drivers of the cars referred to in Section II above. Such personnel must be expected to work overtime and on regular night shifts as required.

3. The Government shall bear the cost of professional and non-professional temporary staff recruited internationally, including salaries, subsistence allowances and overtime, for as long as their services are required for the proper functioning of the Assembly.

V. Travel arrangements

1. The Government shall bear the cost of travel from ICAO Headquarters or its Regional Offices to the Assembly site and return for all regular ICAO staff attending the Assembly except those assigned to the Assembly in conjunction with travel on home leave. The cost to the Host State for travel of staff taking home leave will be limited to such expense as might be additional to the regular home leave entitlement of the individual staff concerned.

2. The Government shall bear the cost of travel of professional and nonprofessional temporary staff required for the Assembly from the point of recruitment of such staff to the site of the Assembly and return.

Hinsicht ungestörten Verlauf der Vollversammlung zu gewährleisten. Dieser Dienst wird unter der direkten Aufsicht und Überwachung eines von der Regierung zu bestellenden höheren Beamten stehen, der mit dem verantwortlichen Funktionär der ICAO eng zusammenarbeiten soll, um eine angemessene Atmosphäre von Sicherheit und Ruhe zu gewährleisten.

IV. Personal für die Vollversammlung

(1) Die Regierung wird einen Beamten sowie dessen Stellvertreter zwecks Verbindung zur ICAO namhaft machen, der für die Durchführung aller in diesem Abkommen erwähnten und zur Abhaltung der Vollversammlung erforderlichen Maßnahmen zuständig ist.

(2) Die Regierung wird auf ihre Kosten die Tontechniker und anderes technisches Personal beistellen, das für das ordentliche Funktionieren der im Abschnitt I Absatz 3 und 4 erwähnten Geräte erforderlich ist. Desgleichen wird die Regierung auf ihre Kosten Arbeitskräfte zur Vervielfältigung und Verteilung von Dokumenten, bestimmte Funktionäre, Sekretariats- und Bürohilfskräfte, erforderliches Hauspersonal wie Amtsdienner, Boten und Reinigungspersonal, sowie die Fahrer für die im Abschnitt II erwähnten Personenkraftwagen anstellen und zur Verfügung stellen. Von diesem Personal wird Überstunden- und regelmäßige Nacharbeit erwartet.

(3) Die Regierung wird die Kosten für vorübergehend international aufgenommenes professionelles und nichtprofessionelles Personal einschließlich der Gehälter, der Diäten und der Überstundenentgelte, solange ihre Dienste für den ordnungsgemäßen Ablauf der Vollversammlung erforderlich sind, tragen.

V. Reisevereinbarungen

(1) Die Regierung wird die Reisekosten vom Amtssitz der ICAO bzw. den regionalen Büros zum Ort der Vollversammlung und zurück für das ständige ICAO-Personal, das an der Vollversammlung teilnimmt, tragen. Ausgenommen sind Personen, die der Vollversammlung in Verbindung mit ihrem Heimaturlaub zugeteilt sind. Die Kosten, die dem Gaststaate für Reisen des Personals auf Heimaturlaub erwachsen, werden sich auf Auslagen beschränken, die zusätzlich zu den üblichen Urlaubsansprüchen des einzelnen Urlaubsberechtigten entstehen.

(2) Die Regierung wird die Reisekosten für vorübergehend aufgenommenes professionelles und nichtprofessionelles Personal vom Ort der Rekrutierung zum Ort der Vollversammlung und zurück tragen, soweit es für die Vollversammlung benötigt wird.

VI. Financial arrangements

1. The Government shall assume responsibility for the additional expenses to the ICAO budget that may be directly or indirectly incurred as a result of the holding of the Assembly in Vienna rather than at the Headquarters of the Organization. In this regard the costs attributable to the salaries, allowances and overtime of the internationally recruited temporary staff referred to in Section IV, paragraph 3, above and the travel of regular ICAO personnel and temporary staff referred to in Section V, paragraphs 1 and 2 and such other expenditures which cannot be accommodated within the ICAO budget shall be met by funds advanced to ICAO for that purpose by the Government. The financial contribution required against these items is estimated at US \$ 175 000.

2. Following the close of the Assembly and upon delivery of the financial accounts of the Assembly, the Government shall make reimbursement to ICAO to the extent that ICAO's costs have exceeded its budget, or conversely ICAO shall reimburse to the Government such unused funds as may remain from the financial contribution referred to in paragraph 1 above.

VII. Liability

The Government shall be responsible for dealing with any actions, claims or other demands arising out of (a) injury or damage to person or property on the premises referred to in Section I above; (b) injury or damage to person or property caused by, or incurred in using, the transportation referred to in Section II above; (c) the employment for the Assembly of the personnel referred to in Section IV above, and the Government shall hold ICAO and its personnel harmless in respect of any such actions, claims or other demands.

VIII. Privileges and immunities

1. The provisions relating to privileges and immunities in the Agreement between the Republic of Austria and the United Nations regarding the Headquarters of the United Nations Industrial Development Organization shall be applicable, *mutatis mutandis* with regard to ICAO and the Assembly. The Convention on the Privileges and Immunities of the Specialized Agencies, including Annex III thereto relating to ICAO, is not hereby affected.

2. Representatives of States Members of ICAO attending the Assembly and officials of ICAO concerned with the Assembly shall enjoy the same privileges and immunities as are accorded to representatives to meetings of the UNIDO and to officials of the UNIDO under the Agreement mentioned in paragraph 1.

VI. Finanzielle Regelungen

(1) Die Regierung wird die Verantwortung für zusätzliche Ausgaben aus dem ICAO-Budget übernehmen, die sich direkt oder indirekt als Folge der Abhaltung der Vollversammlung in Wien anstatt am Amtssitz der Organisation ergeben. Aus diesem Grunde werden Zahlungen für Gehälter, Zulagen und Überstundenentgelte des international vorübergehend aufgenommenen Personals (siehe oben Punkt IV, Absatz 3), für Reisen des ständigen ICAO-Personals und des vorübergehend aufgenommenen Personals (siehe Punkt V, Absatz 1 und 2) und für solche andere Ausgaben, die im ICAO-Budget nicht untergebracht werden können, aus Beträgen geleistet, die der ICAO seitens der Regierung für diesen Zweck überwiesen werden. Der für diese Posten erforderliche Betrag wird auf US \$ 175.000—geschätzt.

(2) Nach Beendigung der Vollversammlung und nach Ausfolgung der finanziellen Abrechnung der Vollversammlung wird die Regierung der ICAO Auslagen insoweit ersetzen, als sie das Budget der ICAO übersteigen. Umgekehrt wird die ICAO der Regierung jene nicht verbrauchten Beträge zurückerstatten, die von dem in Absatz 1 erwähnten finanziellen Beitrag übrig bleiben sollten.

VII. Haftung

Die Regierung wird für die Behandlung jeglicher Klagen, Ansprüche und Forderungen aus: a) Schäden und Beschädigungen an Personen oder Sachen in den im Abschnitt I angeführten Räumlichkeiten; b) Schäden oder Beschädigungen an Personen oder Sachen, die durch oder bei Benutzung der im Abschnitt II erwähnten Transportmittel entstehen; c) der Anstellung des im Abschnitt IV erwähnten Personals verantwortlich sein. Sie wird die ICAO und ihr Personal hinsichtlich solcher Klagen, Ansprüche und Forderungen schadlos halten.

VIII. Privilegien und Immunitäten

(1) Hinsichtlich der ICAO und der Vollversammlung werden die Bestimmungen betreffend Privilegien und Immunitäten des zwischen den Vereinten Nationen und der Republik Österreich über den Amtssitz der UNIDO abgeschlossenen Abkommens *mutatis mutandis* zur Anwendung gelangen. Das Übereinkommen über die Privilegien und Immunitäten der Spezialorganisationen, einschließlich des die ICAO betreffenden Anhangs III, wird hiedurch nicht berührt.

(2) Den Vertretern der Mitgliedsstaaten der ICAO, die an der Vollversammlung teilnehmen und dem Personal der ICAO, das mit der Vollversammlung befaßt ist, werden dieselben Privilegien und Immunitäten eingeräumt, wie sie den Vertretern der Mitgliedsstaaten bei Tagungen der UNIDO bzw. wie sie Beamten der

3. Representatives of States not Members of ICAO attending the Assembly shall enjoy the same privileges and immunities as provided for in paragraph 2 above for representatives of States Members of ICAO.

4. Observers for the specialized agencies and other inter-governmental organizations invited to the Assembly shall enjoy the same privileges and immunities as are accorded to ICAO officials of comparable rank.

5. Any visa required for such persons shall be granted promptly. It shall be granted without charge by any Austrian diplomatic or consular representative.

6. The area designated under Section I shall be deemed to constitute ICAO premises, and access to these premises shall be under the control and authority of ICAO.

IX. General provisions

1. This Agreement may be modified by written agreement between the Government and ICAO.

2. ICAO will in due course, and at least two weeks before required, inform the Government in writing of the specific capacity, number or nature of the facilities it requires under this Agreement.

3. This Agreement shall enter into force when signed on behalf of both parties and shall remain in force for the duration of the Assembly and for such time as is necessary for all matters relating to the Assembly to be settled.

IN WITNESS WHEREOF, the respective representatives of the Federal Government of Austria and of the International Civil Aviation Organization have signed this Agreement done in duplicate in the English language both texts being equally authentic at Vienna this first day of April onethousandninehundredandseventyone.

For the Federal Government of Austria:

Rudolf Kirchschläger m. p.

Foreign Minister for Foreign Affairs

For the International
Civil Aviation Organization:

Assad Kotaite m. p.

Secretary General

UNIDO nach dem im Absatz 1 angeführten Abkommen gewährt werden.

(3) Die an der Vollversammlung teilnehmenden Vertreter von Staaten, die nicht Mitglieder der ICAO sind, werden die gleichen Privilegien und Immunitäten genießen, die im vorstehenden Absatz 2 für Vertreter von Mitgliedsstaaten der ICAO gelten.

(4) Die Beobachter der Spezialorganisationen und anderer zwischenstaatlicher Organisationen, die zur Teilnahme an der Vollversammlung eingeladen wurden, werden dieselben Privilegien und Immunitäten genießen, wie sie Beamten der ICAO ähnlichen Ranges zustehen.

(5) Für solche Personen erforderliche Sichtvermerke werden unverzüglich ausgestellt werden. Sie werden von den österreichischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen kostenlos erteilt werden.

(6) Der im Abschnitt I bezeichnete Bereich stellt Gebiet der ICAO dar. Der Zutritt zu diesem Gebiet steht unter der Kontrolle und unter der Hoheit der ICAO.

IX. Allgemeine Bestimmungen

(1) Dieses Abkommen kann durch schriftliche Übereinkunft zwischen der ICAO und der Regierung abgeändert werden.

(2) Die ICAO wird die Regierung rechtzeitig zumindest zwei Wochen vor Bedarf schriftlich über den auf Grund dieses Abkommens erforderlichen genauen Fassungsraum, Anzahl und Art der Erfordernisse in Kenntnis setzen.

(3) Dieses Abkommen tritt mit dem Tage seiner Unterzeichnung durch beide Vertragsteile in Kraft und bleibt während der Dauer der Vollversammlung bzw. für jene Zeitdauer, die zur Abwicklung aller mit der Vollversammlung zusammenhängenden Angelegenheiten erforderlich ist, in Geltung.

ZU URKUND DESSEN haben die Vertreter der Österreichischen Bundesregierung und der Internationalen Organisation für Zivilluftfahrt das vorliegende Abkommen in zwei Urschriften in Wien am 1. April 1971 in englischer Sprache unterzeichnet, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Österreichische Bundesregierung:

Rudolf Kirchschläger m. p.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten

Für die Internationale Organisation für Zivilluftfahrt:

Assad Kotaite m. p.

Generalsekretär

Das vorstehende Abkommen ist gemäß seinem Abschnitt IX Abs. 3 am 1. April 1971 in Kraft getreten.

Kreisky

153.

Nachdem das am 10. Juli 1967 in Paris abgeschlossene Internationale Übereinkommen über das Verfahren zur Festlegung von Tarifen für den Fluglinienverkehr, welches also lautet:

INTERNATIONAL AGREEMENT on the procedure for the establishment of tariffs for scheduled air services	ACCORD INTERNA- TIONAL sur la procédure applicable à l'établissement des tarifs des services aériens réguliers	(Übersetzung) INTERNATIONALES ÜBEREINKOMMEN über das Verfahren zur Fest- legung von Tarifen für den Fluglinienverkehr
The Governments signatory hereto,	Les Gouvernements soussignés,	Die unterzeichneten Regie- rungen sind,
Considering that the estab- lishment of tariffs for scheduled international air services is governed in different ways by numerous bilateral air transport agreements, or is not provided for at all between States,	Considérant que l'établis- sement des tarifs des services aériens réguliers internationaux est régi de différentes façons par de nombreux accords bilatéraux de transport aérien, ou ne fait l'objet d'aucune disposition entre Etats,	In der Erwägung, daß die Festlegung von Tarifen für den planmäßigen internationalen Fluglinienverkehr in zahlreichen bilateralen Luftverkehrsabkom- men auf verschiedene Art ge- regelt ist oder daß hierfür über- haupt keine Bestimmungen zwis- chen Staaten bestehen, und
Desiring that the principles and procedures for establishing such tariffs should be uniform and that wherever possible use should be made of the procedures of the International Air Transport Association,	Souhaitant que les principes et les procédures pour l'établis- sement de ces tarifs soient uni- formes et qu'il soit recouru aux procédures de l'Association du Transport Aérien International chaque fois que cela est possible,	Vom Wunsche geleitet, daß die Grundsätze und Verfahren für die Festlegung dieser Tarife einheitlich seien und daß wenn möglich von den Verfahren des Internationalen Luftverkehrs- verbandes Gebrauch gemacht werde,
Have agreed as follows:	Sont convenus de ce qui suit:	Wie folgt übereingekommen:
Article 1	Article premier	Artikel 1
The present Agreement:	Le présent Accord:	Dieses Übereinkommen
(a) shall establish the tariff provisions applicable to scheduled international air services between two States Parties to the present Agreement:	a) établit les dispositions tari- faires applicables aux ser- vices aériens réguliers internationaux entre deux Etats Parties au présent Accord:	a) legt die Tarifbestimmun- gen fest, die auf den plan- mäßigen internationalen Fluglinienverkehr zwis- chen zwei Staaten anzu- wenden sind, die Vertrags- parteien dieses Überein- kommens sind:
(i) when such States have no bilateral agreement between them to cover such services,	1° lorsque ces Etats ne sont pas liés entre eux par un accord bilatéral relatif à ces services,	i) wenn zwischen diesen Staaten kein bilaterales Abkommen hinsicht- lich dieses Verkehrs be- steht;
(ii) when such a bilateral agreement exists but contains no tariff clause;	2° lorsqu'un tel accord bi- latéral existe mais ne contient pas de disposi- tion tarifaire;	ii) wenn ein solches bila- terales Abkommen be- steht, jedoch keine Tarifbestimmung ent- hält;
(b) shall replace the tariff clauses in any bilateral agreement already con-	b) remplace les dispositions tarifaires contenues dans un accord bilatéral déjà	b) ersetzt die Tarifbestim- mungen in einem von zwei Staaten, die Vertragspar-

cluded between two States Parties to the present Agreement for so long as the latter remains in force between the two States.

conclu entre deux Etats Parties au présent Accord, pendant toute la durée où ce dernier reste en vigueur entre ces deux Etats.

teien dieses Übereinkommens sind, bereits abgeschlossenen bilateralen Abkommen, solange dieses Übereinkommen für die beiden Staaten in Kraft steht.

Article 2

(1) In the following paragraphs, the term "tariff" means the prices to be paid for the carriage of passengers, baggage and freight and the conditions under which those prices apply, including prices and conditions for agency and other auxiliary services, but excluding remuneration or conditions for the carriage of mail.

(2) The tariffs to be charged by the airlines of one Party for carriage to or from the territory of the other Party shall be established at reasonable levels, due regard being paid to all relevant factors, including cost of operation, reasonable profit, and the tariffs of other airlines.

(3) The tariffs referred to in paragraphs 2 of this Article shall, if possible, be agreed by the airlines concerned of both Parties, after consultation with the other airlines operating over the whole or part of the route, and such agreement shall, wherever possible, be reached by the use of the procedures of the International Air Transport Association for the working out of tariffs.

(4) The tariffs so agreed shall be submitted for the approval of the aeronautical authorities of both Parties at least ninety days before the proposed date of their introduction. In special cases, this period may be reduced, subject to the agreement of the said authorities.

Article 2

1. Dans les paragraphes suivants, le terme « tarif » désigne les prix du transport des passagers, des bagages et des marchandises et les conditions dans lesquelles ils s'appliquent, ainsi que les prix et conditions relatifs aux services d'agences et autres services auxiliaires, à l'exception toutefois des rémunérations et conditions relatives au transport du courrier.

2. Les tarifs à appliquer par les entreprises de transport aérien de l'une des Parties pour le transport à destination ou en provenance du territoire de l'autre Partie sont établis à des taux raisonnables, compte dûment tenu de tous les éléments d'appréciation, notamment du coût d'exploitation, d'un bénéfice raisonnable, ainsi que des tarifs appliqués par les autres entreprises de transport aérien.

3. Les tarifs mentionnés au paragraphe 2 du présent Article sont, si possible, convenus entre les entreprises de transport aérien des deux Parties, après consultation des autres entreprises exploitant tout ou partie de la route; les entreprises doivent, autant que possible, réaliser cet accord en recourant à la procédure de l'Association du Transport Aérien International pour l'élaboration des tarifs.

4. Les tarifs ainsi convenus sont soumis à l'approbation des autorités aéronautiques des deux Parties, au moins quatre-vingt-dix jours avant la date prévue pour leur entrée en vigueur. Dans des cas spéciaux, ce délai peut être réduit, sous réserve de l'accord desdites autorités.

Artikel 2

1. In den folgenden Absätzen bedeutet der Ausdruck „Tarif“ die Preise für die Beförderung von Fluggästen, Gepäck und Fracht und die Bedingungen, unter denen sie anzuwenden sind, einschließlich der Preise und Bedingungen für Vermittler und andere Hilfsdienste, jedoch ausschließlich der Entgelte und Bedingungen für die Beförderung von Post.

2. Die von den Fluglinienunternehmen einer Vertragspartei für die Beförderung in das oder aus dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einzuhebenden Tarife müssen angemessen sein, unter gebührender Berücksichtigung aller erheblichen Faktoren einschließlich der Betriebskosten, eines angemessenen Gewinnes und der Tarife anderer Fluglinienunternehmen.

3. Die in Absatz 2 dieses Artikels genannten Tarife sind, wenn möglich, von den betroffenen Fluglinienunternehmen beider Vertragsparteien nach Fühlungnahme mit den anderen Fluglinienunternehmen, welche die Strecke ganz oder teilweise befliegen, zu vereinbaren; diese Vereinbarung ist, wenn möglich, durch die Verfahren des Internationalen Luftverkehrsverbandes für die Ausarbeitung von Tarifen zu treffen.

4. Die auf diese Weise vereinbarten Tarife sind den Luftfahrtbehörden beider Vertragsparteien spätestens 90 Tage vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihrer Einführung zur Genehmigung vorzulegen. In besonderen Fällen kann dieser Zeitraum vorbehaltlich der Zustimmung

(5) This approval may be given expressly. If neither of the aeronautical authorities has expressed disapproval within thirty days from the date of submission, in accordance with paragraph 4 of this Article, these tariffs shall be considered as approved. In the event of the period for submission being reduced, as provided for in paragraph 4, the aeronautical authorities may agree that the period within which any disapproval must be notified shall be less than thirty days.

(6) If a tariff cannot be agreed in accordance with paragraph 3 of this Article, or if, during the period applicable in accordance with paragraph 5 of this Article, one aeronautical authority gives the other aeronautical authority notice of its disapproval of any tariff agreed in accordance with the provisions of paragraph 3, the aeronautical authorities of the two Parties shall, after consultation with the aeronautical authorities of any other State whose advice they consider useful, endeavour to determine the tariff by mutual agreement.

(7) If the aeronautical authorities cannot agree on any tariff submitted to them under paragraph 4 of this Article, or on the determination of any tariff under paragraph 6 of this Article, the dispute shall be settled in accordance with the provisions in the relevant bilateral air transport agreement for the settlement of disputes.

(8) A tariff established in accordance with the provisions of this Article shall remain in force until a new tariff has been established. Nevertheless, a tariff shall not be prolonged by virtue of this paragraph for more than

5. Cette approbation peut être donnée expressément. Si ni l'une ni l'autre des autorités aéronautiques n'a exprimé son désaccord dans un délai de trente jours à partir de la date où la soumission aura été effectuée conformément au paragraphe 4 du présent Article, lesdits tarifs sont considérés comme approuvés. Dans le cas d'un délai de soumission réduit de la manière prévue au paragraphe 4, les autorités aéronautiques peuvent convenir d'un délai inférieur à trente jours pour la notification d'un éventuel désaccord.

6. Lorsqu'un tarif ne peut être établi conformément aux dispositions du paragraphe 3 du présent Article, ou lorsqu'une autorité aéronautique, dans les délais mentionnés au paragraphe 5 du présent Article, fait connaître à l'autre autorité aéronautique son désaccord à l'égard de tout tarif convenu conformément aux dispositions du paragraphe 3, les autorités aéronautiques des deux Parties doivent, après avoir consulté les autorités aéronautiques de tout autre Etat dont elles estiment utile de prendre l'avis, s'efforcer de déterminer le tarif au moyen d'un accord entre elles.

7. Si les autorités aéronautiques ne peuvent se mettre d'accord sur un tarif qui leur est soumis conformément au paragraphe 4 du présent Article, ou sur la détermination d'un tarif aux termes du paragraphe 6 du présent Article, le différend est réglé d'après les dispositions prévues dans l'accord bilatéral de transport aérien pour le règlement des différends.

8. Tout tarif établi conformément aux dispositions du présent Article demeure en vigueur jusqu'à l'établissement d'un nouveau tarif. Toutefois, la validité d'un tarif ne peut être prolongée en vertu de ce paragraphe

der erwähnten Behörden herabgesetzt werden.

5. Diese Genehmigung kann ausdrücklich erteilt werden. Wenn keine der Luftfahrtbehörden innerhalb von 30 Tagen nach dem Zeitpunkt der Vorlage gemäß Absatz 4 dieses Artikels ihre Ablehnung bekanntgegeben hat, gelten diese Tarife als genehmigt. Falls der Zeitraum für die Vorlage, wie in Absatz 4 vorgesehen, herabgesetzt wird, können die Luftfahrtbehörden übereinkommen, daß der Zeitraum, innerhalb dessen eine Ablehnung bekanntzugeben ist, kürzer als 30 Tage sein kann.

6. Wenn ein Tarif nicht gemäß Absatz 3 dieses Artikels vereinbart werden kann oder eine Luftfahrtbehörde der anderen während des gemäß Absatz 5 dieses Artikels geltenden Zeitraumes ihre Ablehnung hinsichtlich eines gemäß den Bestimmungen des Absatzes 3 vereinbarten Tarifes bekanntgibt, haben die Luftfahrtbehörden der beiden Vertragsparteien nach Fühlungnahme mit den Luftfahrtbehörden jedes anderen Staates, deren Rat sie für zweckmäßig halten, zu versuchen, den Tarif im gegenseitigen Einvernehmen festzusetzen.

7. Können sich die Luftfahrtbehörden über einen gemäß Absatz 4 dieses Artikels vorgelegten Tarif oder über die Festsetzung eines Tarifes gemäß Absatz 6 dieses Artikels nicht einigen, ist die Meinungsverschiedenheit gemäß den Bestimmungen über die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten in dem betreffenden bilateralen Luftverkehrsabkommen beizulegen.

8. Ein gemäß den Bestimmungen dieses Artikels festgelegter Tarif bleibt bis zur Festlegung eines neuen Tarifes in Kraft. Die Geltung eines Tarifes darf jedoch auf Grund dieses Übereinkommens nicht um

twelve months after the date on which it otherwise would have expired.

Article 3

(1) If there is no bilateral air transport agreement between the two Parties, or if there is a bilateral agreement which does not include provisions for the settlement of disputes, and a dispute arises of the kind referred to in paragraph 7 of Article 2, the two Parties may agree to refer the dispute for settlement to some person or body, or, at the request of either of them, they may agree to refer the matter to a tribunal of three arbitrators.

(2) To constitute such a tribunal, each of the Parties shall nominate an arbitrator within a period of sixty days from the date of the agreement of the other Party to the request for arbitration, and the third arbitrator shall be appointed by the two so nominated within a further period of sixty days from the nomination of the second arbitrator.

(3) If within the respective periods, either of the Parties fails to nominate an arbitrator, or the third arbitrator is not appointed, the President of the Council of the International Civil Aviation Organization may be requested by either Party to complete the tribunal. In such case, the third arbitrator shall be a national of a third State and act as president of the tribunal.

(4) Unless the Parties have otherwise agreed, the tribunal

pour une période supérieure à douze mois après la date à laquelle elle aurait dû prendre fin.

Article 3

1. S'il n'y a pas d'accord bilatéral de transport aérien entre les deux Parties, ou si un accord bilatéral existe mais ne comporte pas de dispositions pour le règlement des différends, et qu'il se produise un différend tel que prévu au paragraphe 7 de l'Article 2, les deux Parties peuvent, d'un commun accord, soumettre le différend pour règlement à toute personne ou organisme, ou, à la demande de l'une d'elles, convenir de le soumettre à un tribunal composé de trois arbitres.

2. En vue de composer le tribunal arbitral, chaque Partie nomme un arbitre dans un délai de soixante jours à partir de la date d'acceptation par l'autre Partie de la demande d'arbitrage, et le troisième arbitre est désigné par les deux premiers dans un autre délai de soixante jours à partir de la nomination du second arbitre.

3. Si l'une ou l'autre des Parties s'abstient de nommer un arbitre dans la période spécifiée, ou si le troisième arbitre n'est pas désigné dans le délai imparti, le Président du Conseil de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale peut être prié par l'une des Parties de compléter le tribunal arbitral. Dans ce cas, le troisième arbitre doit être le ressortissant d'un Etat tiers et assumer les fonctions de président du tribunal arbitral.

4. A moins que les Parties n'en aient convenu autrement, le tri-

mehr als 12 Monate ab dem Zeitpunkt, an dem er sonst abgelaufen wäre, verlängert werden.

Artikel 3

1. Wenn zwischen den beiden Vertragsparteien kein bilaterales Luftverkehrsabkommen besteht oder wenn ein bilaterales Abkommen besteht, das keine Bestimmungen über die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten enthält, und eine Meinungsverschiedenheit der in Absatz 7 des Artikels 2 genannten Art entsteht, können die beiden Vertragsparteien die Meinungsverschiedenheiten einvernehmlich einer Person oder Körperschaft zur Beilegung übertragen oder auf Ersuchen einer Vertragspartei übereinkommen, die Angelegenheit einem Schiedsgericht von drei Schiedsrichtern zu übergeben.

2. Um ein Schiedsgericht zu bilden, hat jeder der Vertragsparteien innerhalb eines Zeitraumes von 60 Tagen nach dem Zeitpunkt der Zustimmung der anderen Vertragspartei zu dem Ersuchen um schiedsrichterliche Entscheidung einen Schiedsrichter namhaft zu machen. Der dritte Schiedsrichter ist von den beiden so namhaft gemachten innerhalb eines weiteren Zeitraumes von 60 Tagen nach der Namhaftmachung des zweiten Schiedsrichters zu ernennen.

3. Wenn innerhalb der betreffenden Zeiträume eine der Vertragsparteien es unterläßt, einen Schiedsrichter namhaft zu machen, oder der dritte Schiedsrichter nicht ernannt wird, kann der Präsident des Rates der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation von jeder Vertragspartei ersucht werden, das Schiedsgericht zu ergänzen. In diesem Falle hat der dritte Schiedsrichter ein Staatsangehöriger eines dritten Staates zu sein und als Vorsitzender des Schiedsgerichtes zu fungieren.

4. Sofern die Vertragsparteien nichts anderes verein-

shall determine its own procedure. All its decisions shall be reached by a majority of votes and shall be final.

Article 4

Without prejudice to paragraph 7 of Article 2 and to Article 3, any dispute between two or more Parties concerning the interpretation or application of the present Agreement which cannot be settled through negotiation shall, at the request of one of them, be submitted to arbitration. If within six months from the date of the request for arbitration, the Parties are unable to agree on the organization of the arbitration, any one of those Parties may refer the dispute to the International Court of Justice by request in conformity with the Statute of the Court.

Article 5

The present Agreement shall be open for signature on behalf of any State Member of the European Civil Aviation Conference.

Article 6

(1) The present Agreement shall be subject to ratification or approval by the signatory States.

(2) The instruments of ratification and notifications of approval shall be deposited with the International Civil Aviation Organization.

Article 7

(1) The present Agreement shall enter into force on the thirtieth Day after five States Members of the European Civil Aviation Conference have either

bunal établit sa propre procédure. Toutes ses décisions sont prises à la majorité des voix et sont définitives.

Article 4

Sans préjudice des dispositions de l'Article 2, paragraphe 7, et de l'Article 3, tout différend entre deux Parties ou plus, concernant l'interprétation ou l'application du présent Accord qui ne peut pas être réglé par voie de négociation est soumis à l'arbitrage, à la demande de l'une d'entre elles. Si, dans les six mois qui suivent la date de la demande d'arbitrage, les Parties ne parviennent pas à se mettre d'accord sur l'organisation de l'arbitrage, l'une quelconque d'entre elles peut soumettre le différend à la Cour Internationale de Justice, en déposant une requête conformément au Statut de la Cour.

Article 5

Le présent Accord est ouvert à la signature de tout Etat membre de la Commission Européenne de l'Aviation Civile.

Article 6

1. Le présent Accord est soumis à la ratification ou à l'approbation des Etats signataires.

2. Les instruments de ratification et les notifications d'approbation seront déposés auprès de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale.

Article 7

1. Le présent Accord entre en vigueur le trentième jour après que cinq Etats membres de la Commission Européenne de l'Aviation Civile auront, soit

baren, hat das Schiedsgericht seine Geschäftsordnung selbst festzulegen. Alle Entscheidungen werden durch die Stimmenmehrheit erreicht und sind endgültig.

Artikel 4

Unbeschadet des Absatzes 7 des Artikels 2 und des Artikels 3 ist jede Meinungsverschiedenheit zwischen zwei oder mehreren Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht im Verhandlungswege beigelegt werden kann, auf Ersuchen einer der Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Wenn die Vertragsparteien sich innerhalb von sechs Monaten nach dem Zeitpunkt des Ersuchens um schiedsrichterliche Entscheidung nicht über die Bildung des Schiedsgerichtes einigen können, kann jede dieser Vertragsparteien die Meinungsverschiedenheit dem Internationalen Gerichtshof in Form eines Ersuchens gemäß den Statuten des Gerichtshofes übergeben.

Artikel 5

Dieses Übereinkommen steht allen Mitgliedstaaten der Europäischen Zivilluftfahrtkonferenz zur Unterzeichnung offen.

Artikel 6

1. Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation oder Genehmigung durch die Unterzeichnerstaaten.

2. Die Ratifikationsurkunden und Notifikationen der Genehmigung sind bei der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation zu hinterlegen.

Artikel 7

1. Dieses Übereinkommen tritt am dreißigsten Tag nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde oder der Notifikation der Genehmigung durch

deposited their instruments of ratification or notified their approval.

(2) It shall enter into force for each State ratifying or approving it thereafter on the thirtieth day after the deposit of its instrument of ratification or its notification of approval.

Article 8

(1) The present Agreement shall, after it has entered into force, be open for accession by any State Member of the United Nations or of any of the Specialized Agencies.

(2) The accession of a State shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the International Civil Aviation Organization and shall take effect on the thirtieth day after the date of deposit.

Article 9

The present Agreement may be denounced by any Party by notification addressed to the International Civil Aviation Organization. Denunciation shall take effect one year from the receipt of the said notification.

Article 10

(1) Any Party may, at the time of signature, ratification or approval of the present Agreement or accession thereto, declare that it does not consider itself bound by Article 4. The other Parties shall not be bound by that Article with respect to any Party which has made such a reservation.

(2) Any Party which has made a reservation in accordance with the preceding paragraph may at any time withdraw it by notification to the International Civil Aviation Organization.

déposé un instrument de ratification, soit notifié une approbation.

2. A l'égard de chaque Etat qui le ratifiera ou l'approuvera par la suite, il entrera en vigueur le trentième jour après le dépôt de son instrument de ratification ou de sa notification d'approbation.

Article 8

1. Le présent Accord est ouvert après son entrée en vigueur à l'adhésion de tout Etat membre de l'Organisation des Nations Unies ou d'une institution spécialisée.

2. L'adhésion est effectuée par le dépôt d'un instrument d'adhésion auprès de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale et prend effet le trentième jour qui suit la date de ce dépôt.

Article 9

Le présent Accord peut être dénoncé par toute Partie au moyen d'une notification adressée à l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale. Cette dénonciation prend effet un an après réception de ladite notification.

Article 10

1. Toute Partie peut, au moment où elle signe, ratifie ou approuve le présent Accord ou y adhère, déclarer qu'elle ne se considère pas liée par les dispositions de l'Article 4. Les autres Parties ne sont pas liées par lesdites dispositions envers toute Partie qui a formulé une telle réserve.

2. Toute Partie qui a formulé une réserve conformément aux dispositions du paragraphe précédent peut à tout moment lever cette réserve par une notification adressée à l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale.

fünf Mitgliedstaaten der Europäischen Zivilluftfahrtkonferenz in Kraft.

2. Für jeden Staat, der es danach ratifiziert oder annimmt, tritt es am dreißigsten Tag nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde oder der Notifikation der Genehmigung in Kraft.

Artikel 8

1. Nach Inkrafttreten bleibt dieses Übereinkommen für jeden Mitgliedstaat der Vereinten Nationen oder einer der Spezialorganisationen zum Beitritt offen.

2. Der Beitritt eines Staates erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde bei der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation und wird am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung wirksam.

Artikel 9

Dieses Übereinkommen kann von jeder Vertragspartei durch Notifikation an die Internationale Zivilluftfahrtorganisation gekündigt werden. Die Kündigung tritt ein Jahr nach Erhalt der genannten Notifikation in Kraft.

Artikel 10

1. Jede Vertragspartei kann zum Zeitpunkt der Unterzeichnung, Ratifikation oder Genehmigung dieses Übereinkommens oder des Beitrittes zu demselben erklären, daß sie sich durch den Artikel 4 nicht gebunden betrachtet. Die anderen Vertragsparteien sind durch diesen Artikel gegenüber einer Vertragspartei, die einen solchen Vorbehalt gemacht hat, nicht gebunden.

2. Eine Vertragspartei, die einen Vorbehalt gemäß dem vorstehenden Absatz gemacht hat, kann diesen jederzeit durch Notifikation an die Internationale Zivilluftfahrtorganisation zurückziehen.

Article 11	Article 11	Artikel 11
(1) As soon as the present Agreement enters into force, it shall be registered with the Secretary General of the United Nations by the International Civil Aviation Organization.	1. Dès son entrée en vigueur, le présent Accord est enregistré auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies par les soins de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale.	1. Sobald dieses Übereinkommen in Kraft tritt, ist es von der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu registrieren.
(2) The International Civil Aviation Organization shall transmit a certified copy of the present Agreement to all States Members of the United Nations or of any of the Specialized Agencies.	2. L'Organisation de l'Aviation Civile Internationale transmet un exemplaire certifié du présent Accord à tous les Etats membres de l'Organisation des Nations Unies ou d'une institution spécialisée.	2. Die Internationale Zivilluftfahrtorganisation hat allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen oder einer der Spezialorganisationen eine beglaubigte Ausfertigung dieses Übereinkommens zu übermitteln.
(3) The International Civil Aviation Organization shall notify all States Members of the United Nations or of any of the Specialized Agencies of:	3. L'Organisation de l'Aviation Civile Internationale notifie à tous les Etats membres de l'Organisation des Nations Unies ou d'une institution spécialisée:	3. Die Internationale Zivilluftfahrtorganisation hat allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen oder einer der Spezialorganisationen zu notifizieren:
(a) any signature of the present Agreement;	a) toute signature du présent Accord;	a) jede Unterzeichnung dieses Übereinkommens,
(b) the deposit of any instrument of ratification, any notification of approval or any instrument of accession and the date thereof;	b) le dépôt de tout instrument de ratification, de toute notification d'approbation ou de tout instrument d'adhésion et la date de ce dépôt;	b) die Hinterlegung jeder Ratifikationsurkunde, Notifikation einer Genehmigung oder Beitrittsurkunde und den jeweiligen Zeitpunkt,
(c) any notification of denunciation;	c) toute notification de dénonciation reçue;	c) jede Kündigungsanzeige,
(d) any reservation notified in accordance with Article 10 and any withdrawal of such a reservation.	d) toute notification de réserve faite en application de l'Article 10 et tout retrait d'une telle réserve.	d) jeden gemäß Artikel 10 mitgeteilten Vorbehalt und jede Zurückziehung eines solchen Vorbehaltes.
In witness whereof the undersigned, having been duly authorized, have signed the present Agreement.	En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés, ont signé le présent Accord.	Zu Urkund dessen haben die hiezu ordnungsgemäß bevollmächtigten Unterfertigten dieses Übereinkommen unterzeichnet.
Done at Paris, the tenth day of July one thousand nine hundred and sixty-seven, in a single copy in the English, French and Spanish languages, all three texts being equally authoritative.	Fait à Paris, le dix juillet mille neuf cent soixante-sept, en un exemplaire unique en français, anglais et espagnol, chacun de ces textes faisant également foi.	Geschehen zu Paris, am 10. Juli 1967 in einer Urschrift in englischer, französischer und spanischer Sprache, wobei alle drei Texte gleichermaßen verbindlich sind.

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident dieses Übereinkommen für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der darin enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Verkehr und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 28. Jänner 1971

Der Bundespräsident:

Jonas

Der Bundeskanzler:

Kreisky

Der Bundesminister für Verkehr:

Frühbauer

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

Kirchschläger

Die österreichische Ratifikationsurkunde ist am 8. März 1971 bei der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation hinterlegt worden. Das vorliegende Übereinkommen ist daher gemäß seinem Art. 7 Abs. 2 für Österreich am 7. April 1971 in Kraft getreten.

Derzeit gehören dem Übereinkommen folgende weitere Staaten an: Belgien, Finnland, Frankreich, Irland, die Niederlande, Portugal, Spanien und das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland.

Kreisky

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1800 Seiten S 192.— für Inlands- und S 246.— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verschleißpreises von 40 g für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 1.50 für das Stück, bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung in Wien I, Kohlmarkt 16 (Postleitzahl 1010), Telefon 63 17 85 Serie, sowie in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien I, Wollzeile 27 a (Postleitzahl 1037), Telefon 52 43 42.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung in Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037), entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 178. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Rennweg 12 a, 1037 Wien, einlangen. Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037) anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verschleißpreises abgegeben.